



Menden: Bürgermeister Fleige (SPD) kündigt Facebook-Freundschaften wegen Pegida



Dass Pegida derzeit Politiker und Medien vor sich hertreibt ist am wilden Aktionismus landauf, landab kaum noch zu übersehen. Jeder Lügenpressevertreter und Volksverrätter, ob wichtig oder nur selbstüberschätzt, meldet sich zurzeit zu Wort, um zu demonstrieren, dass er auch zu den wirklich „Guten“ gehört und deshalb nichts, aber auch gar nichts mit diesen „[Ratten](#)“ oder „[Neonazis im Nadelstreifen](#)“ zu tun habe. Volker Fleige (Foto), Bürgermeister von Menden hat allerdings auch gleich seinen [Facebook-Account](#) gesäubert und allen die Facebook-Freundschaft gekündigt, die sich mit der „Mischpoke“ von Pegida abgeben.

(Von L.S.Gabriel)

Seit Kurzem bietet Facebook [die Möglichkeit](#), sich listen zu lassen, wer von den „Freunden“ welche Seiten mit „gefällt mir“ markiert hat. Mit der Eingabe von Schlagwörtern präsentiert Facebook dem Nutzer die Liste der Schande und man kann dann nach Belieben damit verfahren.

Das tat offenbar auch Volker Fleige mit Pegida: „Ich habe getestet, geprüft und war – entsetzt. Jetzt ist, aufgeräumt“,

zitiert [die WAZ](#) den Saubermann. Er wisse aber:

*Ein „Gefällt-mir“-Klick muss nicht unbedingt bedeuten, dass der Nutzer den Inhalt gut findet. Der Button wird auf Mobilgeräten mitunter an Stelle einer fehlenden „Teilen“-Funktion gedrückt, oder um als Kritiker an einer Diskussion teilnehmen zu können. So erklärte jetzt ein Facebook-Nutzer sein Like zur Seite der „Alternative für Deutschland“ (AfD).
[..]*

„Wird mir eine schlüssige Begründung geliefert, bin ich bereit, die Entfreundung zu prüfen“, sagte der Bürgermeister dazu. Wo aber die ganze Seite einer radikalen Organisation per Knopfdruck goutiert wird, sei eine einleuchtende Erklärung bei etwas Lebenserfahrung kaum vorstellbar. Er habe sich die Likes der in der Suche angezeigten FB-Freunde auch daraufhin angesehen, bevor er sich für oder gegen die Fortführung der jeweiligen Freundschaft entschied.

Zugegeben, Facebook-Freunde sind meist keine wirklichen Freunde, dennoch hat das Verhalten Volker Fleiges Symbolkraft. Pegida-Anhänger sind zuallererst einmal Patrioten, sie lieben dieses Land, seine Werte und Traditionen. Das ist für den Bürgermeister von Menden ein Grund, Menschen die Freundschaft zu kündigen. Wir gehen daher einmal davon aus, er mag weder Deutschland besonders, noch kann er der hier (noch) vorherrschenden Kultur etwas abgewinnen. Dann sollte er sich aber wohl ernsthaft überlegen, ob er nicht in einem anderen Land, das ihm besser gefällt, ein politisches Amt bekleiden möchte.

Kontakt:

Volker Fleige

Rathaus

Neumarkt 5

58706 Menden

Tel: 02373 903-0

Fax: 02373 903-386

E-Mail: buergermeister@menden.de

Facebook: [Volker Fleige](#)


(Spürnase: Michael L.)

Dr. Alfons Proebstl (50): Das war's!

Ganz nach einer alten jüdischen Tradition bring ich immer zum Jahresende den Müll raus! – Wollen's nochmal an Blick drauf werfen?

» [Facebook](#)-Seite / [Youtube](#)-Kanal / Email: kontakt@dr-proebstl.at

Kretschmann will „Selbstreinigung des Islam“

 Der in letzter Zeit doch etwas „rebellisch“ anmutende grüne Landesvater Winfried Kretschmann (Foto) aus Baden-Württemberg trägt noch im alten Jahr wieder einmal zur Aufregung innerhalb seiner Partei und auch bei den Islamfunktionären im Lande bei. Hat der in seiner Studentenzeit beim „Kommunistischen Bund Westdeutschland“ aktive – und dennoch den katholischen Glauben praktizierende Winfried Kretschmann Ambitionen seine bräsige Partei neu aufzustellen oder kann man die obige Verlautbarung

aus Stuttgart/Berlin nur als eine neuerliche und raffinierte Taktik verstehen?

(Von cantaloop)

Ein recht aktueller Artikel in der „[Zeit-online](#)“ gibt Aufschluss.

Berlin (dpa) – Angesichts der Krisen in der arabischen Welt hat Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann eine „Selbstreinigung des Islam“ angemahnt. Es sei Aufgabe aller Religionen, „sich selbst zu reinigen von menschenrechtsfeindlichen Strömungen“, sagte Kretschmann dem Berliner „Tagesspiegel“. „Das gilt auch für den Islam.“ In der arabischen Welt, dem „Kulturland des Islam“, hätten sich fundamentalistische Strömungen ausgebreitet, die in Gewalt und Terror ausarteten. „Medial vielfach verbreitet entstehen dadurch leicht Vorurteile und Ängste gegenüber dem Islam.“

So vernünftig und liberal sich diese Aussage des Grünen im ersten Moment auch anhört, so kritisch muss man in der Interpretation und Analyse damit umgehen. Denn sicher ist nur Eines; Kretschmann repräsentiert mit seinen doch relativ konservativen Ansichten innerhalb seiner Partei nur eine ganz kleine Minderheit von überwiegend süddeutschen Akademikern, welche aus der Praxis wissen, dass in dieser sehr innovativen Region des Landes die Uhren etwas anders ticken und man dort nicht so radikal linke Politik, wie beispielsweise in NRW oder den andern roten Bundesländern, fordern und praktizieren kann.

Auch den Tübinger Boris Palmer und auch den Freiburger OB könnte man in diesem „rechten“ Kreis der Grünen verorten – bei denen Hopfen und Malz noch nicht ganz verloren zu sein scheint.

Wie aber nicht anders zu erwarten, ist dann die ebenfalls im Artikel thematisierte „Annäherung“ an Pegida doch durchaus wieder von grüner Parteiräson und typisch linker

Überheblichkeit sowie Arroganz geprägt:

Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hat die Politik zum Dialog mit den Anhängern der islamfeindlichen Pegida-Bewegung aufgerufen. „Wir müssen mit ihnen reden und sie von etwas Besserem überzeugen“, sagte Kretschmann dem Berliner Tagesspiegel. Aufklärung sei „das einzige Mittel“, denn Ängste und Vorurteile von Menschen könne man nicht verurteilen.

So ähnlich hat sich ja auch der aus Baden stammende Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) geäußert – man muss es den Leuten nur richtig „erklären“, dann verstehen sie irgendwann schon, dass es gut für sie ist, wenn der Islam eines Tages Deutschland dominiert. Bis dahin allerdings werden Schäuble, Kretschmann und Konsorten längst nicht mehr unter den Lebenden weilen und somit sind sie auch nicht mehr direkt von den Konsequenzen ihrer verantwortungslosen Politik betroffen. Bestenfalls noch ihre Familien und sofern vorhanden, ihre Kinder.

Aber ansonsten gilt für 2015 ein politisches „Weiter so“ für alle Grünen, Linken und ihre Claqueure im Lande, denn es ist sehr unwahrscheinlich, dass sie ihre islamophile Einstellung zu Gunsten des immer deutlicher hervortretenden Volkswillens neu überdenken. Vorher werden eher Wasserwerfer und Schlagstöcke gegen bürgerliche Demonstranten aufgeföhren und alles niedergeknüppelt, was nicht der staatlich verordneten Doktrin entspricht. Das würde dann auch ganz sicher von den „breiten Bündnissen gegen Rechts“ befürwortet werden.

Islamisierung: Ein Pfarrer spricht Klartext

Während das Erzbistum Köln heute ankündigt, für die am 5. Januar stattfindende Kögida [die Beleuchtung des Kölner Doms](#) auszulassen, gibt es vereinzelt immer noch Priester, die sich dem linksgerichteten Kirchen-Mainstream nicht unterwerfen. Wie Pfarrer Pietrek vom Erzbistum Osnabrück, der in seiner Predigt sagt: „Wir haben nicht nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht – und das sage ich hier, auch wenn ich damit einzelnen Bischöfen widersprechen muss, die ja in dieser Frage nicht unfehlbar sind – unseren Glauben, unsere christliche Leitkultur zu verteidigen.“ Die ganze Predigt oben im Video! (Quelle: [Gloria TV](#))



Rassisten im Bundestag



Judenhass gehört zu den schlimmsten Auswüchsen des Rassismus. In Deutschland sitzen Vertreter des antisemitischen Mobs bereits im Bundestag, vor allem, aber nicht

nur, in der Fraktion der LINKEN. Zwei Parlamentarierinnen stehen jetzt zur Schande Deutschlands sogar auf Platz vier der schlimmsten Judenhasser weltweit: [Inge Höger \(l.\)](#) und [Annette Groth](#). Wir schämen uns für diese "Deutschen". (Quelle: [Quotenqueen](#))

Josef und Maria und die Massenimmigration

Manche Christen und besonders österreichische Bischöfe tun insbesondere zur Weihnachtszeit so, als ob Europa und Österreich zur unbegrenzten Aufnahme von Zuwanderern, Asylwerbern und Flüchtlingen verpflichtet wäre. Sie begründen dies am häufigsten mit der vergeblichen Herbergssuche von Josef und Maria vor der Geburt von Jesus. Dieses abschreckende Beispiel zwingt uns heute moralisch wie religiös zur Aufnahme aller Zuwanderer des Erdballs oder zumindest all jener, die sich als Flüchtlinge bezeichnen.

Sie übersehen dabei sehr viel. Nicht zuletzt die Tatsache, dass ihr Gleichnis völlig hinkt. Jesus und Maria sind nicht als Immigranten nach Bethlehem gekommen, sondern auf einen

kurzen Besuch, zu dem sie eine Volkszählung gezwungen hat. Deren Organisatoren hatten aber offenbar das Problem der Beherbergung der vielen zur Reise gezwungenen Menschen vergessen .

Daher wäre es zweifellos ethische Pflicht aller Herbergs- und Hausbesitzer gewesen, Josef und Maria für die Zeit dieser Volkszählung – und natürlich auch im Falle einer damit zusammenfallenden Entbindung – aufzunehmen. Aber nirgendwo in der Bibel findet sich auch nur ein indirekter Hinweis auf eine moralische Pflicht, Zuwanderer unbegrenzt und auf Dauer aufzunehmen. Dies wollen uns heute aber Teile der Kirche, Teile der Politik und die auf diesem Gebiet tätigen Vereine einreden...

([Fortsetzung des erhellenden Artikels](#) von Andreas Unterberger hier!)

Bielefeld: Südländer berauben 30-Jährigen



Am 29.12. gegen 22.40 Uhr ging ein 30-jähriger Bielefelder durch die Grünanlage des Parks hinter dem Arbeitsamt in Höhe des Wiesenbades. Als er sich in Höhe des Bades befand, kamen ihm zwei Personen entgegen. Im ersten Moment schien es so, als würden die beiden an ihm vorbeigehen. Plötzlich hielt einer der Männer seinen Arm quer vor dem Oberkörper des 30-jährigen und versuchte ihn zu Boden zu

bringen. Als es auf Grund seiner Gegenwehr nicht gelang, griff die zweite Person ein und gemeinsam gelang es beiden schließlich das Opfer auf den Boden zu zerren.

Nachdem der 30-jährige am Boden lag, schaute er einen der Täter ins Gesicht. Dieser drückte er ihm seine Hand ins Gesicht und mit den Worten „Ich bringe dich um!“ seinen Kopf zu Boden. In dieser Position wurde er gefragt, wo sein Geld sei. Als er antwortete, dass sich das Geld in seiner Tasche befand wurde er abgetastet. Dabei fanden die Räuber auch sein Handy. Mit dem Geld und dem Handy flüchtete das Duo anschließend in Richtung Arbeitsamt (Walter-Rathenau-Straße).
Beschreibung: 1.Person: Südländer, vermutlich Türke, ca. 22 Jahre alt, ca. 175 cm groß schlank, trug dunkle Jacke mit Pelzkragen, rundliches Gesicht, 3 Tage-Bart. 2.Person: Südländer, vermutlich türkisch, ca. 170 cm groß, trug hellere Jacke.) Hinweise unter der Tel.-Nr. 0521/5450.

(Man darf ja heutzutage schon froh sein, [wenn in einem Polizeibericht](#) der ethnische Hintergrund der Täter genannt wird / Spürnase: Norbert P.)

Broder: Alles gut mit dem Islam!

Eine weitgehend säkulare Gesellschaft, in der sogar die Kirchen das Prinzip der Trennung von Kirche und Staat bejahen und die Intellektuellen nach wie vor der Ansicht sind, Religionen seien „Opium fürs Volk“, hat ihr Herz für das Religiöse entdeckt, allerdings nur für ein Angebot aus dem großen Supermarkt der Religionen – und zwar ausgerechnet das Angebot, das seine Präsenz im öffentlichen Diskurs der

Gewaltbereitschaft verdankt, mit der es immer wieder Respekt einfordert. Dies festzustellen, gilt bereits als "islamophob", ungeachtet der Tatsache, dass es eben keine "Asien-Konferenz" beim Innenminister gibt und der "Migrationshintergrund" der Japaner, die in Düsseldorf leben, nicht einmal wahrgenommen wird... ([Auszug aus WELT-Artikel!](#))



Kiliç (Grüne): „Erdogan und seine Truppen sind Islamisten, die bekämpft werden müssen“



Man höre und staune: Bei den GRÜNEN gibt es einen türkischstämmigen Politiker, der kein islamisches U-Boot zu sein scheint. Memet Kiliç (*Foto, von 2009-2013 im Deutschen Bundestag*) stellt klar, dass eine Bekämpfung der PEGIDA keinen Sinn mache, wenn man nicht zuvor die türkischen Migranten in Deutschland, die Erdogan hörig und damit in seinen Augen „Islamisten“ sind, bekämpfe.

Damit gibt er indirekt zu, dass die Patriotischen Europäer mit ihrer Kritik an der Islamisierung Deutschlands wohl nicht ganz Unrecht haben. Die Deutsch-Türkische Zeitung hat hierzu einen

Artikel veröffentlicht, an dem vor allem der Kommentarbereich spannend ist: Dort lassen hier lebende türkische Moslems ihrem Zorn freien Lauf und dürfen Herrn Kiliç unzensuriert als „ungläubigen Dreck“, „Kafir“, „Spassti“, „Bastard“ (auf türkisch), „Verräter an den eigenen Landsleuten“ und „Arschkriecher“ beleidigen.

(Von Michael Stürzenberger)

Die originale Twitter-Meldung von Memet Kiliç am 2. Weihnachtsfeiertag lautet:



Die Deutsch-Türkische Zeitung schreibt hierzu:

Der Grünen-Politiker Memet Kiliç wettet gegen türkische Migrantengruppen in Deutschland. „Erdogan und seine Truppen“ seien Islamisten. Ohne die Bekämpfung dieser Islamisten, könne die Pegida auch nicht bekämpft werden, twittert er am Heiligabend.

Kiliç äußert sich aber explizit nur über diejenigen türkischen Migranten in Deutschland, die sich als Anhänger von Erdogan bezeichnen. Dies seien laut DTZ interessanterweise 70% der Türken in Deutschland:

Politische Experten gehen davon aus, das 70 Prozent der türkischstämmigen Migranten in Deutschland, die Politik der konservativ-demokratischen Regierungspartei von Erdogan positiv gegenüberstehen.


Über die AKP von Erdogan meint die DTZ:

Die von Staatspräsident Erdogan gegründete AK Partei, ist ähnlich der CDU, eine Volkspartei die neben konservativen auch viel Zustimmung unter den christlichen, liberalen oder atheistischen Bürgern der Türkei genießt. Sie ist keine religiöse Bewegung.

Und die Erde ist eine Scheibe. [Hier der gesamte Artikel](#) aus der Deutsch-Türkischen Zeitung mitsamt des äußerst aufschlussreichen Kommentarbereiches.



Windkraft soll sich in die Wälder hineinfräsen

 Naturschutz und Artenschutz gelten nichts mehr, alles wird nur noch einem einzigen Paradigma untergeordnet: dem Klimaschutz. Minderungsziele, Einsparungen, Selbstverpflichtungen, internationale Vereinbarungen zu weitestgehender Bescheidung – die Umweltszene hat einen Hebel gefunden, die Politik mit immer größeren Maßzahlen vor sich herzutreiben, mit ihren Forderungen die Schrauben immer stärker anzuziehen. Die einst so facettenreiche Ökobewegung ist eindimensional geworden.

Und deshalb sind Monokulturen, mit denen die Landwirtschaft die Arten wie den Boden gefährden, schon lange kein wirkliches Thema mehr. Weil mehr Biosprit und Bioenergie nötig ist wegen des wahnwitzigen Anspruchs, gleichzeitig auf Kohle und Kernkraft zu verzichten. Windkraftanlagen sollen sich in die Wälder hineinfräsen.

Boris Palmer, Wortführer der Grünen, die einst auch mit dem

Protest gegen niedliche Hochspannungsmasten groß geworden sind, fordert jetzt – kein Witz! –, endlich die Natur- und Landschaftsschutzgebiete für die 200 Meter hohen wirbelnden Monster zu öffnen, sie auch gleich neben Weltnaturerbestätten zu platzieren... (Ausschnitt aus einer Buchbesprechung [über unsere Ökodiktatur!](#))

Andere für krank erklären ist keine Lösung



Immer wenn jemand in Deutschland oder Frankreich „Gott ist groß!“ ruft und einen Anschlag macht, behaupten die gleichgeschalteten System-Medien im gemeinsam einstudierten Chor, daß es sich um einen Geisteskranken handelt. Egal ob ein Bus angezündet wird, oder ein Polizist geschlitzt oder ein Café zum Geiselknast gemacht wird oder ein paar Passanten auf dem Gehweg überfahren werden. Immer dasselbe. Niemand kann es mehr hören oder lesen. So viele Geisteskranke gibt es nämlich nicht! (Fortsetzung auf [Prabels Blog](#))

Prof. Sinn: Der Sozialstaat

wirkt wie ein Magnet auf unqualifizierte Migranten

Der Präsident des Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, hat der Politik in der Zuwanderungsfrage schwere Versäumnisse vorgeworfen. „So wie die Migration derzeit läuft, läuft sie falsch“, schreibt Sinn in einem Gastbeitrag in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Der Sozialstaat wirke wie ein Magnet auf unqualifizierte Migranten, kritisierte er. Deutschland sei nach den Vereinigten Staaten das zweitgrößte Ziel von Einwanderern, doch liege es in Hinblick auf die Qualifikation auf einem der letzten Plätze der Statistik.

Das führe dazu, dass die bisherige Migration eine große Belastung der Staats- und Sozialkassen sei. In der Nettobilanz verursache sie dem deutschen Staat mehr Kosten durch Sozialleistungen und andere Ausgaben als sie Einnahmen durch Steuern und Sozialbeiträge bringe.

Nach einer neuen Berechnung des Ifo-Instituts kommt Sinn auf eine „fiskalische Nettobilanz je Migrant von minus 1800 Euro im Jahr“. So viel koste ein Migrant im Durchschnitt mehr, als er einbringe. Dies errechneten Wissenschaftler des Ifo-Instituts auf Basis einer aktuellen Bertelsmann-Studie, welche sie aber um nicht berücksichtigte Ausgaben ergänzten.

Politik für Familien mit Kindern

„Angesichts dieser Verhältnisse sollte nun endlich eine ideologiefreie und nicht vom Streben nach politischer Korrektheit getriebene Debatte über die Migrationspolitik beginnen“, schreibt Sinn in der F.A.Z. Er attackierte auch Medien, welche die Bertelsmann-Studie falsch gelesen und von „Milliarden-Gewinnen durch Zuwanderung“ geschrieben hätten. Auch die Bertelsmann-Studie komme letztlich zu einem negativen Ergebnis mit einem „impliziten Finanzierungsdefizit“ in Höhe

von 79.100 Euro je Migrant über die gesamte Zeit, betonte Sinn.

Er forderte, bedürftige EU-Zuwanderer sollten künftig nur noch Sozialleistungen ihres Heimatlandes, nicht des Gastlandes in Anspruch nehmen können. Außerdem müsse Deutschland die Nicht-EU-Zuwanderung besser steuern und auswählen. Dazu solle es ein Punktesystem einführen, das nach der beruflichen Qualifikation, Alter, Gesundheit, Sprachkompetenz und Vermögen auswähle.

(Weiter [in der FAZ](#))